

Links bleibt alles noch zu beginnen

Thesen des ISM nach der Bundestagswahl und erster Aufruf für einen Crossover-Kongress in 2018

Wahlen wecken Hoffnungen, Wahlen enttäuschen sie. Die Bundestagswahl 2017 hat alle ernüchert, die sich in Deutschland für eine neue Regierung links der Mitte engagieren. Jenseits von Lahm und Böse wäre diesseits einer sozialökologischen Koalition des Einstiegs in eine Demokratisierung der Demokratie hier, in Europa und in der Welt gewesen. Wir stellen Überlegungen an, warum es bei der Bundestagswahl 2017 dazu nicht kam und deshalb von links her alles noch zu beginnen bleibt.

*Das Institut Solidarische Moderne (ISM) steht für eine Neugründung der Demokratie im sozialökologischen Umbau Europas. Seit 2010 diskutieren wir, was für viele andere auch die einzig hoffnungsfrohe Alternativperspektive zu den dramatischen Entwicklungen überall in der Welt werden könnte. Wir betrachten die Ereignisse in Deutschland, aber auch in vielen anderen Ländern zwischen Washington und Budapest, zwischen London und Aleppo aus drei Perspektiven: aus der Erfahrung progressiver Politiker*innen in Parteien und Parlamenten, aus den Erfahrungen von NGOs, Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen und aus den Erfahrungen von Wissenschaftler*innen inner- wie außerhalb der Universitäten. Zusammen kommen wir auf dasselbe Ergebnis. Wir sind davon überzeugt, dass der Prozess der Globalisierung und darin ein geeintes, progressives Europa wie, hier für uns, die Berliner Republik ganz andere Antworten auf die drängenden Fragen der Zeit geben müssen als dies mit Neoliberalismus, Rechtspopulismus, ungebrochenem Wachstumswahn, Anti-Terrorkrieg, mörderischen Grenzregimen und fortlaufendem Ausbau des Sicherheits- und Überwachungsstaats etc. geschieht. Wie wir haben viele andere Bürger*innen schon vor der Bundestagswahl verstanden, dass es so nicht weitergeht. Wahlverweigerung oder Protestwahl, paradoxe, weil selbstzerstörerische Stimmen zugunsten von AFD, Trump oder Brexit weisen am deutlichsten auf die Legitimationskrise hin, in der sich der Politikbetrieb bewegt, mittlerweile am Rande dessen, was als Demokratie überhaupt noch durchgehen könnte. Wohin das führen kann, zeigen aktuell der Amoklauf der spanischen Regierung und, nicht weniger erschreckend, seine Duldung durch sämtliche Regierungen der EU.*

Blick zurück und nach vorn

Der Verlust der zumindest rechnerischen Mehrheit prinzipiell linker Parteien im Bundestag, der Einzug der AfD, der Wiedereinzug der FDP und die mutmaßliche Bildung einer „Jamaika-Koalition“ sind primär auf das Versagen der gesellschaftlichen Linken zurückzuführen. Sie ist es, die vor der Möglichkeit einer progressiven Regierung zurückgeschreckt ist und damit schon den Einstieg in einen Politikwechsel verspielt hat.

Wir stehen vor schwierigen Zeiten. Nichts ist gelöst. Der neoliberale Block wird ohne eigenen Plan weiterregieren, und er wird deshalb primär von rechts getrieben werden. Den progressiven Flügeln von SPD, Grünen und LINKEN fehlt momentan der Wille und die Kraft zur Herausbildung eines gemeinsamen Projekts. Wie also können wir – andere werden es nicht tun! – den Rechtstrend umkehren, um gemeinsam die demokratisch und sozialökologische Transformation Europas voranzutreiben? Welche Ideen, welche ausstrahlenden Projekte brauchen wir, um eine linke Opposition programmatisch zu bündeln und ein „Anders Regieren“ glaubhaft werden zu lassen? Wie kann die nächste Chance erfolgreich genutzt werden?

Die These unseres letzten Papiers – noch vor dem sogenannten Schulz-Hype und der zaghaften Diskussionen um r2g geschrieben – war, dass es ein gesellschaftliches Potenzial für eine sozialökologische Mehrheit im Bundestag gibt: Der *sense of urgency* bei den Wähler*innen war da, die politische Alternative einer solidarischen Moderne war da, drei zumindest im Prinzip progressive Parteien waren da. Heute können wir sagen: Weder gab es den Willen der drei Parteiführungen zur Realisierung von r2g, noch den dazu unumgänglichen Druck durch die jeweilige Basis oder einen medial verstärkten öffentlichen Diskurs. Darin sieht das ISM die Hauptgründe für das Scheitern von r2g in 2017:

- rein pragmatisches und darin völlig mut- und einfallsloses Rasonieren des Spitzenpersonals der SPD wie der Grünen, bei gleichzeitiger Unfähigkeit der Spitzenkandidat*innen der LINKEN, darauf produktiv zu antworten;
- wahlpolitische Lethargie der progressiven Kräfte außerhalb der Parteiführungen,
- einseitige Polarisierung zugunsten rechtspopulistischer Wahlkampfthemen in den Medien.

Dramatisch ist das nicht nur für die deutschen, sondern auch für die europäischen und letzten Endes für die globalen Verhältnisse: Schließlich ist es kein Zufall, dass die Stimmen für einen progressiven Regierungswechsel in der weiteren europäischen Linken deutlich stärker waren als in der Linken in Deutschland. Auch und gerade deshalb halten wir an unserem Projekt fest, eine sozialökologische Wende in Deutschland und Europa zuerst über eine gesellschaftliche Initiative vorzubereiten.

Wie alles schief lief

Im Folgenden führen wir einige zentrale Argumentationen aus, warum es im Wahlkampf nicht zu der Politisierung kam, die Ende 2016 noch im Bereich des Möglichen schien.

1. Martin Schulz und die Chance der SPD

Was wir in unseren [letzten Aufrufen](#) noch unbestimmt angedeutet hatten, schien wenige Wochen später – ganz anders als erwartet – Wirklichkeit zu werden. Der Wunsch auf eine Veränderung nach links oder wenigstens in Richtung „Gerechtigkeit“ drückte sich im von Anfang an überspannten Hype um Martin Schulz aus, der als Verkörperung eines potentiellen „Anders regieren“ mit Hoffnungen geradezu überfrachtet wurde. Dieser Punkt ist zentral: Es war nicht einfach nur das Versprechen, ein neues Parteiprogramm oder eine neue politische Rhetorik aufzulegen, sondern es hofften tatsächlich viele auf eine andere Regierung – so vage sie sich auch am Horizont abzeichnete. Die abertausend Neueintritte in die SPD sollten daher nicht bloß als Ausdruck des Wunsches nach einer sich verändernden Partei, sondern auf eine neue, sozialdemokratisch geführte *Regierung* gelesen werden. Innerhalb der SPD schien plötzlich das eigentlich schon für unmögliche gehaltene möglich zu werden: Eine Erneuerung sozialdemokratischer Politik, die Abkehr vom „Dritten Weg“ und zumindest erkennbare Korrekturen der Agenda-Reformen. Zu dieser Möglichkeit gehörten die besonderen Akzentuierungen, die sie von Seiten der Grünen wie der LINKEN in einem gemeinsamen Wahlkampf und einer gemeinsamen Koalition erfahren hätten.

2. Abstellgleis

So schnell wie es anfang, so schnell war es auch wieder vorbei: Konnte man kurzzeitig glauben, dass der Wahlkampf quasi automatisch zu einem Lagerwahlkampf werden würde und damit auch das ganze Geschehen sich hätte politisieren und polarisieren können, wurde allem Überschuss so-

fort der Wind aus den Segeln genommen. Über die Gründe wird noch zu sprechen sein, was man aber sicher sagen kann: Es gab in der SPD keinen Plan und es fehlte schon der Ansatz einer Programmatik, die über die große Koalition hinausgewiesen hätte. Das leitende Personal der Partei bleibt mutlos in der Agenda-Politik gefangen und bleibt jeder Einsicht in deren tatsächlich neoliberalen Charakter verschlossen. Ergebnis: Alles so wie bisher. Hoffnung enttäuscht, ohne dass wirklich überhaupt etwas Anderes begonnen hätte. Die Angst vor der Polarisierung und vor einer – komplett überschätzten – moderaten Mitte würgte jede potenzielle „Radikalität“ ab. Dies ist umso trauriger, als diese Anlage, dieses Potenzial in unserer Gesellschaft seit längerem schon gegeben ist – und nicht zum ersten Mal verspielt wurde. Man stelle sich doch nur den Wahlkampf vor, der sich mit einer Erklärung des Kandidaten Schulz entwickelt hätte, nach der die einzige Alternative zum „Weiter so“ ein sozialökologisches Regierungsbündnis sei. Konsequenterweise sind die SPD und mit ihr die Grünen programmatisch, personell und in ihrem politischen Stil nach rechts gedriftet – ein Drift ins Nichts, dem ein Teil der LINKEN auf seine Weise zu folgen sucht.

3. R2G-Debatte

Was währenddessen passierte, zementierte das jeweilige politische Ritual der drei Parteien aufs Neue. Schreckte die SPD geradezu panisch vor der von ihr selbst geweckten Hoffnung auf eine „Gerechtigkeitswende“ zurück, wollten sich die Grünen trotz progressiver Programmatik auf gar nichts festlegen als auf eine Regierungsbeteiligung unter nahezu jeder Bedingung: rot-rot-grün, rot-grün, schwarz-gelb-grün, schwarz-grün. In der LINKEN wiederum fiel die Spitzenkandidatur an Vertreter*innen des Teils der Partei, der sich zumindest nach außen hin an die Rolle der parlamentarischen Protestpartei und die Kritik des sozialdemokratischen Verrats klammert. Weil SPD und Grüne zu dieser Verhärtung keine Alternative zuließen, fanden rot-grün-rote Signale sowohl des Parteivorstands wie relevanter Stimmen anderer Parteigliederungen keinen Anklang – trotz der im Prinzip ermutigenden thüringischen Erfahrung.

Vor diesem Hintergrund übten sich Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen im Wesentlichen in Zurückhaltung. Irritiert von der neuen Situation und zumindest teilweise zu Recht verschreckt von zurückliegenden Linksregierungs-Experimenten, beschränkte man sich auf die eigenen Aufgaben: eine Wahl, die durch die allgemeine Entwicklung ja auch mehr als nur naheliegend war und ist. Versuche einer eigenständigen gesellschaftlichen Intervention in den Wahlkampf, wie sie von uns selbst und einigen anderen Akteur*innen trotzdem unternommen wurden, scheiterten, weil sie

zwar Sympathie, Zuspruch und sogar auf Praxis orientiertes Interesse fanden, unter den gegebenen Umständen aber nicht zu konkretisieren waren – auch für uns selbst nicht.

Dennoch: Dass die „Regierungsfrage“ aus linker Perspektive nicht einmal gestellt und dass deshalb auch keine inhaltlichen, programmatischen und, nicht zuletzt, personellen Mindestanforderungen an ein solches Projekt formuliert wurden, stellt nach unserer Auffassung den zentralen strategischen Fehler nicht nur der drei Parteien, sondern auch all‘ derer dar, die sie je nach ihren Präferenzen hätten wählen können und sollen.

4. Landtagswahlen und Restauration des Politikbetriebs

Symbolisches Ende des politisierten Jahresbeginns waren die Landtagswahlen des Jahres 2017. Wenn sie hier eigens erwähnt werden, dann weil sie gleichsam im Kern zeigen, dass und wie SPD und Grünen fast jeder Wille zum Wagnis eines progressiven Regierungswechsels fehlte. Zugleich ist festzuhalten, dass die Linkspartei die Schwächen der SPD und der Grünen nicht hat nutzen können und zugleich in ihrer Ausrichtung schwammig blieb. Liegt dies, wie oben schon festgehalten, primär an der Verweigerungshaltung der Sozialdemokrat*innen wie der Grünen, bleiben gleichwohl hausgemachte Anteile dieses Scheiterns in den Blick zu nehmen. Sie sind, auch das muss gesagt werden, nicht nur den für die Partei im Ganzen nicht repräsentativen, zu einem tatsächlichen Neubeginn auch erkennbar ungeeigneten Spitzenkandidat*innen zuzuschreiben. So mündete, was ein Jahr der Veränderung hätte werden können, in neuen Regierungen mit und unter Führung der CDU, in die Rückkehr der eigentlich schon aus den Parlamenten gewählten FDP und in den Aufstieg und die Stabilisierung der AfD. Waren so weder Nicht- noch jüngere Wähler*innen zu mobilisieren, kann dies nun wirklich niemanden wundern – wieso und woher auch.

5. Frankreich, Linkspopulismus, Migration

An die Stelle eines progressiven und in seiner Ausrichtung sozialökologischen und pro-europäischen Reformprojektes spielte sich in der linken Opposition eine pseudoradikale Rhetorik in den Vordergrund, die auf die Rückkehr eines sozial-nationalen Arbeits- und Wohlfahrtsstaates setzt und das Politische deshalb auf eine im Prinzip am Fordismus orientierte Sozialpolitik reduziert. „Arbeit soll sich wieder lohnen“ und „Deutschland muss vor den Auswirkungen der Globalisierung geschützt werden“, hieß und heißt es vielerorts: voran vor der „ungeregelten“ Migration, d.h. vor den Migrant*innen. Sogar das „Deutsche Volk“ ist wieder da – legitimiert in der Forderung, nach der

auch linke Politik „populistisch“ werden soll. Es müsse zuerst den Deutschen besser gehen, bevor sich um andere – etwa Geflüchtete – kümmern ließe. Anstatt die Neuangekommen selbstverständlich in die politische Perspektive zu inkludieren, wird die Trennung der Gesellschaft in Deutsche und Zugewanderte vertieft. Die Rhetorik dient sich primär „Opfern“ an und setzt dazu auf die Rachsucht der „Abgehängten“. Dabei verkehrt sie deren Ressentiment gegen die „oberen Zehntausend“ nicht zufällig in das gegen die „Fremden“, die „uns“ die restlichen Arbeitsplätze, die wenigen erschwinglichen Wohnungen und die Zuwendungen des Rest-Sozialstaats streitig machen. Kein Zufall auch, dass Gabriel, Kretschmann/Palmer und Wagenknecht in ihrer Kritik am „Wir schaffen das!“ der Kanzlerin übereinkommen, mit dem sie sich zu Recht weltweit Achtung erworben hat: je weiter weg von Deutschland, umso nachhaltiger. Zugleich zeigt ihre Allianz, dass der Status der „Abgehängten“ weniger ein materiell begründeter ist, sondern letztlich von ganz unterschiedlichen Milieus geteilt wird – Milieus, deren klassenübergreifende Gemeinsamkeit in der aggressiven Selbstverhärtung, im Sicheinhausen ins um jeden Preis verteidigte Eigene liegt.

Räumt man die Selbstverständlichkeit ein, dass die Linke alles tun muss, um populär zu werden, kann doch nicht nachdrücklich genug hervorgehoben werden, dass das abgrundtief Falsche eines solchen Populismus in der Vereinfachung des sozialen Geschehens auf eine Logik des Ressentiments liegt. Das gilt auch für einen Populismus, der sich für links hält, weil er ein „Volk“ der Deutschen Lohnabhängigen konstruiert.

6. Terror, innere Sicherheit

Von der so verstandenen sozialen Sicherheit ist es nur ein Katzensprung zu ihrem ordnungspolitischen Äquivalent, der inneren Sicherheit. Der scheinbare Einklang von „mehr Sozialstaat“ und „mehr Polizei“ in vielen linken Wahlkampfreden ist frappierend und oft nicht zufällig mit Wendungen gegen Geflüchtete unterlegt – beileibe nicht nur und nicht einmal am lautesten bei Wagenknecht, sondern polternder noch bei Gabriel und geradezu infam bei zugegeben einzelnen grünen Politiker*innen, die ihr Mandat nicht zufällig bestimmten Wähler*innen der oberen Mittelklasse verdanken. Brandgefährlich aber ist der fahrlässige Zusammenschluss „sozialer“ und „innerer“ Sicherheit in der Geschmeidigkeit, in der er sich den inneren wie äußeren Anti-Terror-Kriegen einfügt: Kriegen, die den jeweils Angegriffenen nichts als Verheerungen, den Bürger*innen der Zitadellenstaaten zuletzt nur noch den Ausnahmezustand bringen.

7. Hamburg

Irgendwie ist trotz allem und immerhin die Straße zurück und mit ihr auch eine ungehorsame Jugend. Die ihr seitens der Politik wie der Leitmedien entgegengebrachte harsche Ablehnung war nicht anders zu erwarten und nicht weiter verwunderlich, ebenso wenig wie die den offenbaren Tatsachen widersprechende Verleugnung oder Legitimierung der manifesten wie der strukturellen Polizeigewalt. Erschreckend aber war, dass auch maßgebliche Sprecher*innen der SPD, der Grünen und der LINKEN nur „Straftäter“, „Kriminelle“ oder, kaum weniger denunzierend, „unpolitische Krawallanten“ gesehen haben wollten. Das ist fatal. Immerhin demonstrierten am 8. Juli 80.000 Menschen gegen die G20 und immerhin hatten zuvor bereits Zehntausende über mehrere Tage die dem Ausnahmezustand unterworfenen Stadt in Atem gehalten. Trotz der politischen Diffusität der Mobilisierung war das ein deutliches Zeichen für ein Begehren nach Veränderung und Bewegung – eine Fortführung auch der zahlenmäßig noch einmal stärkeren Anti-TTIP-Demonstration, die sich mangels „gewalttätiger Ausschreitungen“ nur einen Tag in den Medien halten konnte.

Steht Hamburg auch und trotz der Beteiligung mehrerer Parteien am Protest merkwürdig unverbunden neben dem Wahlkampf-Geschehen, bleibt doch festzuhalten, dass die Woche des Protests nicht als Beweis für die vielbeklagte Gewaltbereitschaft und Radikalisierung der „linken Szene“, sondern für die Radikalisierung von gesellschaftlichen Minderheiten und Randgruppen verstanden werden muss, die zur subjektiven Referenz eines sehr viel breiteren Veränderungsbegehrens werden können. Dem entspricht, dass der kriminalisierende Diskurs der Politik und der Leitmedien und seine drakonische Umsetzung durch eine offenkundig wieder einmal willfährige Justiz sehr viel weniger Zustimmung finden, als die Omnipräsenz vor allem in den Primetime-News glauben machen will.

8. Zivilgesellschaft, dissidentes Drittel

Die Zivilgesellschaft erneuert sich jenseits der etablierten Diskurse und Organisationen. Nicht unerhebliche Teile der „alten“ bzw. klassischen Zivilgesellschaft (Gewerkschaftsbewegung, NGOs) wirken trotz ihrer Größe und Ressourcen kraftlos und verbraucht. Kaum politische Vermittlung, Entleerung und Ritualisierung der übrig gebliebenen politischen Kultur, kaum Einfluss jenseits der Apparate- und Führungsebene. Auf der anderen Seite bilden sich neue Formen des Widerspruchs wie der Alternative heraus, nicht zuletzt im Zusammenspiel von sozialen Medien und Straße. Die „digitale Zivilgesellschaft“ entwickelt eigene Formen, ist schnelllebig und gleichzeitig im politi-

schen Raum als dynamische Kraft fast komplett abwesend, sie entfaltet noch keinen Einfluss. Das beste Beispiel dafür bildet immer noch die Willkommensbewegung, aber auch die Widerstände gegen AfD und Co. Was im Lokalen, im Sozialen und Alltäglichen wächst, hat noch keine Verbindung zu einem politischen Projekt, dass diese Prozesse auch im Sinne einer Machtfrage zu reartikulieren in der Lage wäre: Recht auf Stadt-Initiativen, Willkommens- und Ökologiebewegung stehen einer fast schon antiquiert wirkenden politischen Landschaft gegenüber. Diese Kluft zu schließen, bleibt weiterhin eine Aufgabe. Damit sind wir bei unserem letzten und wichtigsten Punkt.

9. Wahlkampf reloaded: Wo ist der Ort des Politischen?

Die Ablehnung und die Zurückweisung des politischen Betriebs sind unzweifelhaft und nachvollziehbar. Und sie sind beständig, wie man nicht zuletzt und schlagend an der Wahlbeteiligung sehen kann. Aber: Der Rückzug von Teilen der Gesellschaft und Teilen der Linken wandelt sich noch nicht in einen Gegenentwurf um, der die gegenwärtigen Machtverhältnisse irgendwie herausfordern könnte. Die Frage ist also: Wo ist heute der Ort des Politischen, wenn das eine hoffnungslos, das andere chancenlos zu sein scheint?

Wir beantworten diese Frage nach wie vor in der Linie der Aufrufe, mit denen wir in den Wahlkampf, besser: zugunsten überhaupt eines Wahlkampfs eingreifen wollten. Wir haben gesagt, dass unsere erste Aufgabe in der Schaffung von Räumen liegt, in denen der progressive Teil der Gesellschaft sich über sich und sein strategisches, aber auch programmatisches Verhältnis zu den institutionalisierten wie den nicht-institutionalisierten Formen und Organisationen des politischen Handelns verständigen kann. Wir haben dabei natürlich an die drei im Prinzip progressiven politischen Parteien, wir haben dabei aber auch an die Organisationen der Zivilgesellschaft, an die sozialen Bewegungen und an die neuen sozialen Netzwerke gedacht. Wir haben vorgeschlagen, quer zu diesen Formen und Organisationen progressiver Politik lokale „politische Foren“ des sozialökologischen Umbruchs zu initiieren: Foren seines Mosaiks, seines „cross-overs“. Aus gegebenem Anlass – nach dieser Wahl – schlagen wir jetzt vor, in solchen Foren jetzt zunächst einmal nach den Konsequenzen zu fragen, die aus dem offenbaren Ungenügen der progressiven Parteien und aus der Isolation der Kräfte resultieren, die in und außerhalb dieser Parteien auf ihr Potenzial eines „Anders Regieren“ gesetzt haben.

Das heißt nicht, dass es uns nur oder auch nur vordringlich um Parteien geht. Doch scheint es uns nach dieser Wahl angemessen, unsere Selbstverständigung in freier Debatte und zukünftiger Praxis erst einmal mit ihnen zu beginnen. Dazu verweisen wir jetzt auf Debatten, die mehr oder minder offen an zum Teil ganz verschiedenen, zugleich aber nicht ganz voneinander getrennten Orten geführt werden – Debatten zugleich, die von sich aus darauf tendieren, praktisch zu werden. Unsere Idee ist es, sie aufeinander zu beziehen und ihre Protagonist*innen nach Möglichkeit zusammenzuführen, um mit der Suche nach Antworten ernst zu machen:

- Wir alle wissen, dass die Krise der SPD und der Grünen aber auch der Linken zugleich Krisen ihrer in den letzten Jahren massiv geschwächten linken Strömungen sind. Die Rolle der SPD als zahlenmäßig stärkster Oppositionskraft wird diese Krise zunächst vertiefen, sie damit aber auch zur Chance werden lassen. Es wird gut sein, Analyse, Kritik und praktische Antworten frühzeitig mit anderen zu teilen. Nimmt die grüne Partei an Jamaika teil – einer Koalition also mit der CSU, der FDP und einer in Richtungskämpfe verstrickten CDU – dann wissen auch linke Grüne, dass sie nicht nur auf ihre eigene Kraft setzen können.
- Es gab und gibt mehrere Kreise des rot-grün-roten Gesprächs und es gab sogar einen Versuch, Linke in den Grünen und der Linkspartei in einem parteiübergreifenden „Flügel“ zusammenzubringen. Wir wissen, dass über die letztlich auch organisatorisch zu realisierende Verstetigung und Verstärkung solcher Gespräche und Versuche jetzt verstärkt nachgedacht und gesprochen wird: der Kreativität und dem Wagemut sollten hier keine Grenzen gesetzt werden.
- Diskutiert wird auch, dass solche Gespräche und das ihnen folgende gemeinsame Handeln nicht nur Parteimitglieder angehen, sondern auch die Zivilgesellschaft und die sozialen Bewegungen. Deshalb keimt auch hier an verschiedenen Orten eine „Organisationsdebatte“, als Debatte nach einem organisierten „crossover“ von Partei-, zivilgesellschaftlicher und Bewegungspolitik. Ein Thema dabei ist eine Neubestimmung der Parteiform, die auch auf die frühe Zeit der Grünen zurückgehen könnte.
- Es gibt Debatten, die auf mehr als auf eine Erneuerung der SPD und der Grünen hinauswollen. Hier wird nach einer stärkeren, dann aber auch nach innen wie nach außen stark veränderten Rolle und Position der LINKEN gefragt.
- „Zwischen“ diesen Debatten wird immer wieder und in ganz verschiedenen Hinsichten die Frage nach einer „vierten“ politischen Formation der gesellschaftlichen Linken gestellt, die

Frage nach einem „Podemos“ (Wir können!) in Deutschland. Eine Frage, die sich mit Überlegungen und, darüber schon hinaus, ersten Versuchen linker Sozialdemokrat*innen und linker Grüner zur Schaffung neuer Orte ihres politischen Wirkens kreuzt.

- Diskutiert wird schließlich, inwieweit den Städten und städtischen Politiken eine zentrale Rolle in einer neuen Linken zukommen muss – auch und gerade in Fragen der Einwanderung, aber auch in der Frage eines anderen Europas, einer anderen EU, in der Frage eines für eine neue Linke konstitutiven Kosmopolitismus des Denkens wie des Handelns, des Programms wie der Strategie.
- Schon im zurückliegenden Wahlkampf wurde immer wieder auf das Jahr 2021 verwiesen: heute nennt diese Jahreszahl die Frist, die allen eben aufgerufenen Debatten gesetzt ist.

Wir kennen die Antwort auf diese Fragen nicht, wir wissen nicht einmal, ob es die nächstliegenden Fragen sind. Sicher gibt es weitere, hier nicht genannte Fragen. Außer Zweifel aber steht für uns, dass wir sie öffentlich miteinander diskutieren müssen – und dass wir sie möglichst gemeinsam praktisch beantworten und auch praktisch erproben wollen. Ein Ort dazu ist das ISM, sind die Mitgliedschaft und Mitarbeit im ISM: gerade weil es nicht bloß um Formen und Organisationen des politischen Handelns, sondern um ein gemeinsames politisches Projekt geht. Die Formen der Organisation folgen dem Projekt, nicht umgekehrt. Wir sind gerne bereit, dazu auch das ISM zu verändern.

Eine Möglichkeit, unserer gemeinsamen Zukunft näher zu kommen, wäre ein offener Kongress, an dessen Vorbereitung und Durchführung im kommenden Jahr sich das ISM gerne beteiligen würde. Um den Ernst dieser beiden Vorschläge zu unterstreichen, schließen wir mit dem Verweis auf die personellen, technischen und materiellen, auch finanziellen Ressourcen, die ein solches Projekt fraglos benötigt. Die Zeit läuft.

Der Vorstand des Institut Solidarische Moderne (ISM), Oktober 2017